

Sicherheit durch Friedenspolitik

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340924>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Sicherheit durch Friedenspolitik

«Ob es uns Menschen gelingt, die Gewalt zu überwinden, ist im ausgehenden 20. Jahrhundert eine Frage des Überlebens geworden. Nicht nur ist die Zerstörungskraft der Waffen ins Unermessliche gewachsen, auch die Verletzbarkeit unserer Gesellschaften und Infrastrukturen ist heute so gross, dass Kriege nicht mehr zu gewinnen sind. Im Gegenteil, militärische Auseinandersetzungen tragen das Risiko in sich, dass die betroffenen Völker und Kulturen, ja die ganze Welt, ausgelöscht werden; Leben, das nicht direkt durch Waffenwirkung zerstört wird, stirbt an den angerichteten ökologischen Verwüstungen. Die Zeiten sind vorbei, in denen Sicherheit durch den Aufbau von Machtmitteln erreicht werden konnte. Friede ist nur noch in Form von Interessenausgleich und Kooperation möglich. Der Weg dorthin ist noch weit und ist notwendigerweise für alle Beteiligten ein Wagnis.»

Mit diesen Sätzen beginnt das neue Grundlagenpapier zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SP Schweiz. Analyse und politische Ausrichtung der heute notwendigen Politik sind darin klar umschrieben. Das neue SP-Positionspapier «Sicherheit durch Friedenspolitik» hat der Parteivorstand am 20. April 1991 verabschiedet. Es ist die logische Weiterentwicklung des Interlakner-Konzepts von 1972 auf dem Hintergrund der heute stark veränderten weltpolitischen Realitäten und Probleme. Erarbeitet hat das Konzept die SP-Kommission «Frieden und Sicherheit» unter der Leitung von Nationalrat Elmar Ledergerber. Wissenschaftlich erarbeitete Grundlagen zum Konzept lieferten die von Partei und Fraktion beauftragten Konflikt- und Friedensforschungsexperten Günther Bächler und Peter Hug. Die SP ist sich bewusst, dass mit den vorliegenden Ergebnissen die Arbeiten an einer neuen Sicherheits- und Friedenspolitik erst begonnen haben. Wir müssen in nächster Zeit an diesem Thema intensiv weiterarbeiten und viele der heute als Grundsätze, Ziele und Strategien vorgelegten Aussagen weiter konkretisieren.

Das am 7. Mai 1991 der Presse vorgestellte neue SP-Konzept zur Friedens- und Sicherheitspolitik wird demnächst auch in broschiert Form gedruckt vorliegen. Wir publizieren nachstehend stark gekürzt die Teile

des Papiers, die sich mit der sicherheitspolitischen Analyse befassen.

Gewalt und Sicherheit

Gewalt hat viele Gesichter und Ursachen. Die Folgen von Gewalt sind aber immer die gleichen: Gewalt zerstört Menschen, Güter, Beziehungen, Lebensgrundlagen. Ob Gewalt zwischen Menschen stattfindet oder zwischen Nationen, die Ursachen und Abläufe sind die gleichen – einzig das Ausmass der Zerstörungen ändert sich. Am Anfang von Gewalt stehen immer Konflikte, Rivalitäten, Herrschaftsansprüche; es geht um Macht, Besitz, Grösse oder um emotionale Werte wie Liebe, Selbstwert, Hass. Zu Letzteren gehören, auf der Ebene der Gruppenkonflikte, insbesondere auch Glaubenskriege sowie ethnische und rassistische Konflikte.

Wer Gewalt zwischen den Völkern überwinden will, muss mit der Friedenserziehung bei sich selber anfangen. Konflikte und Aggressionen sind sowohl im Zusammenleben einzelner Menschen, zwischen Frauen und Männern, sowie unter den Völkern unvermeidlich. Sie gehören zum Leben, wie das Salz ins Brot. Aggressionen und Auseinandersetzungen verhindern oder unterdrücken zu wollen wäre falsch, denn auf Dauer ist dies nicht möglich und führt nur dazu, dass Konflikte später um so heftiger ausbrechen. Unsere zivilisatorische Aufgabe und kulturelle Leistung muss je-

doch sein, Formen zu entwickeln, nach denen diese Auseinandersetzungen ausgetragen und gelöst werden können, ohne dass sich die Konfliktgegner dabei die Köpfe einschlagen. Gewalt löst keine Konflikte. Im Gegenteil. Sie schafft neue und grössere Probleme.

Wir müssen Mittel und Wege finden, um in Zukunft Konflikte ohne Gewalt lösen zu können. Das heisst, wir müssen anfangen, die Ursachen für Konflikte, nämlich Armut, Unterdrückung, Ausbeutung zu beseitigen und ein weltweites System mit gesicherten Grenzen und einer allseits anerkannten Pflicht zur Unterwerfung unter Schiedsgerichtsbarkeiten aufzubauen. Dies werden die Hauptaufgaben des kommenden Jahrzehnts und Jahrhunderts sein. Nicht nur für die Schweiz.

Die Militärfrage und die SP Schweiz

Die Militärfrage war in der SP nie ein Harmoniethema. Wann immer darüber diskutiert wurde, ging es an Parteitag lebhaft und sehr kontrovers zu und her. 1912, zwei Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, fand der Internationale Friedenskongress im Basler Münster statt. Sowohl die schweizerische wie auch die internationale Sozialdemokratie war antimilitaristisch eingestellt, lehnte Rüstungskredite und den Krieg als Fortsetzung der Politik ab. Die Sozialistische Internationale konnte aber den Weltkrieg nicht verhindern, unterstützte dafür in den zwanziger Jahren um so engagierter die Bewegung «Nie wieder Krieg». 1933 kamen in Deutschland Hitler und der Nationalsozialismus an die Macht, der Frieden hatte eine weitere Chance verloren. Die Partei hatte bislang Militärkredite konsequent abgelehnt. Nun musste sie sich fragen, ob diese Politik angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung im Norden und des Faschis-

mus im Süden (Italien) noch zu verantworten sei. Die entscheidende Frage wurde am turbulenten Parteitag von 1935 gestellt – eine Mehrheit der Delegierten befürwortete angesichts der Kriegsgefahr die Landesverteidigung. Um so stärker keimten die Friedenshoffnungen nach Hitlers Niederlage von 1945, verwandelten sich aber durch den Kalten Krieg anfangs der fünfziger Jahre in politische Eisblumen. 1972 schliesslich verabschiedete die SPS am Parteitag in Interlaken das «Konzept zur Sicherheitspolitik». Erstmals weitete damals eine Partei die Armeefrage aus, wurden Sozial-, Aussen- und Entwicklungshilfepolitik in das Sicherheitskonzept integriert. Die SPS lehnte eine «Grossmachtarmee im Taschenformat» entschieden ab. Und während der letzten zehn Jahre prägten vor allem zwei Ereignisse die politische Entwicklung in der SP:

Das Rüstungsreferendum ist zuerst auch parteiintern umstritten gewesen. Das gute Resultat in der Volksabstimmung zeigte dann, wie gross die Unzufriedenheit mit den zu hohen Militärausgaben bereits 1987 war.

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» veränderte die Diskussion um die Schweizer Armee grundsätzlich. Der Parteitag der SP Schweiz beschloss Stimmfreigabe, nachdem sich zuvor in einer Eventualabstimmung zwei Drittel für und nur ein Drittel gegen die Initiative ausgesprochen hatten. Über eine Million Schweizerinnen und Schweizer stimmten dann diesem radikalen Volksbegehren zu.

In der Bevölkerung wie auch innerhalb der Partei zeigten sich im Zusammenhang mit der GSoA-Abstimmung vier Gruppen:

1. Die strammen VaterlandsverteidigerInnen, die weiterhin gleich viel wie bisher für die Armee ausgeben wollen.
2. Die sanften VaterlandsverteidigerInnen, die zwar bei der Armee sparen

möchten, der Armee aber keinen Denkkzettel verpassen wollen.

3. Die Denkkzettel-Fraktion, die zwar die Armee nicht abschaffen will, der GSoA-Initiative aber zustimmte, um Reformen zu ermöglichen.

4. Die Abschaffungs-Fraktion, die es als sinnlos erachtet, mitten in Europa weiterhin eine Armee zu unterhalten und sich statt dessen eine andere Friedens- und Sicherheitspolitik wünscht. Denkkzettel- und Abschaffungsfraktion machen innerhalb der SP-Wählerinnen und -Wähler eine satte Mehrheit aus.

Die bisherige Schweizer Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik der Schweiz ist bis heute vom Gedanken der «Abhaltung» geprägt. Ein potentieller Feind könne am besten von einem Angriff auf die Schweiz abgehalten werden, so lautet die Grundthese, wenn er dafür einen sehr hohen Preis bezahlen müsste. Der Eintrittspreis besteht gemäss dieser Doktrin darin, dass ein Feind einen unverhältnismässig grossen Teil seiner operativen Mittel binden müsste, mit grossen Verlusten an Menschen und Material zu rechnen hätte und zur Öffnung des Mittellandes als Ost-West-Durchmarschachse so viel Zeit verlieren würde, dass er mit einem Angriff auf die Schweiz keine strategischen Vorteile mehr erzielen könnte. Dieses Konzept hat – zusammen mit viel Glück und Opportunismus – dazu geführt, dass sich die Schweiz aus allen modernen Kriegen in Europa heraushalten konnte. Das damit verbundene Gleichnis des kleinen David, der Goliath zu trotzen vermag, hat aber seit der geistigen Landesverteidigung der dreissiger Jahre viel zur Selbstverklärung der Schweiz beigetragen.

Die Schweiz hat sich ihre Abhaltungsdoktrin im Verlaufe der Zeit unterschiedlich viel kosten lassen. Während der Zwischenkriegszeit waren

die Militärausgaben ziemlich gering, so dass die Schweiz zu Beginn des Zweiten Weltkrieges verhältnismässig wenig gerüstet war. Als wollte man etwas nachholen, richteten sich seither die Rüstungsanstrengungen um so intensiver auf immer höher perfektionierte und ausserordentlich teure High-Tech-Waffen aus.

Das sicherheitspolitische Konzept 1973 brachte den Begriff der Gesamtverteidigung – als Versuch einer Antwort auf die wachsenden Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. In der Zwischenzeit hatten die Massentötungswaffen und der Kalte Krieg die sicherheitspolitische Lage wesentlich verändert, beide Lager hatten ihr Zerstörungspotential so weit vermehrt, dass die die Welt mehrfach völlig vernichten konnten (und können). Viele Bürger und Bürgerinnen begannen, die Abhaltewirkung der konventionell ausgerüsteten Schweizer Armee in Frage zu stellen. Das sicherheitspolitische Konzept von 1973 versuchte, mit der Idee der Gesamtverteidigung, diesen grundlegenden Zweifeln Antworten entgegenzustellen:

1. Der Begriff Gesamtverteidigung machte deutlich, dass alle Kräfte in den Dienst der Landesverteidigung gestellt werden müssten – nicht nur die Armee, sondern auch die Wirtschaft, der Zivilschutz, der Staatsapparat und die psychologische Abwehr.

2. Durch den forcierten Ausbau des Zivilschutzes wollte man die Hoffnung wecken, dass ein Grossteil der Bevölkerung auch die Wirkungen von Massentötungsmitteln überleben könnte.

3. Mit der Begründung, ein Atomkrieg sei äusserst unwahrscheinlich, wurde die Abhaltungsleistung der Armee auf konventioneller Ebene weiter vergrössert; dies, obschon die NATO in ihren Einsatzplänen den nuklearen Erstschatz auch gegen einen

rein konventionellen Angriff aus dem Osten vorsah.

4. Verbleibende Zweifel an der Abhaltbarkeit der Armee und an der friedensstiftenden Wirkung der Sicherheitspolitik wurden tabuisiert und z. B. mit dem in alle Haushaltungen verteilten «Zivilverteidigungsbüchlein» extremisiert. Die Räte verabschiedeten Militärbudgets, Rüstungs- und Bauprogramme der Armee jeweils in geistiger Achtungsstellung. Kritische Fragen waren unerwünscht, blieben und bleiben in der Regel unbeantwortet. Wie weit diese Gesamtverteidigungs-Paranoia ging, zeigt die erst jetzt in ihren grotesken Ausmassen sichtbar gewordene Überwachungs- und Bespitzelungsmanie des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) und der Bundespolizei bis hin zur geheimen Widerstandarmee. In diesen Jahrzehnten gab es in der sogenannten Sicherheitspolitik wenig Raum für friedenspolitische Massnahmen.

Die Überwindung des Ost-West-Konflikts

Ausgangspunkt für die europäischen Revolutionen von 1989 war Moskau, die Glasnost-Bewegung seit 1985. In nur vier Jahren erfasste diese Reformdynamik wellenartig alle osteuropäischen Staaten. Kam sie in der Sowjetunion von oben, wurde in der DDR die breite Bevölkerung zum Motor für eine neue gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitspolitik. Wenige Monate reichten aus, um aus dem politisch-ideologischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa eine breite soziale Bewegung für individuelle Freiheit, soziale Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaat entstehen zu lassen. Wir sehen keinen Grund mehr, Europa in einen West- und einen Ostblock zu teilen. Der Ost-West-Konflikt zwischen zwei gegensätzlichen Gesellschaftsformen ist vorbei.

Neue Probleme erwachsen aus dem starken wirtschaftlichen und sozialen Gefälle von West nach Ost und aus der Bevölkerungsmigration in die Gegenrichtung. Die neuen osteuropäischen Demokratien haben zur Bewältigung ihrer sozialen Fragen und Wirtschaftsreformen noch einen schmerzlichen Lernprozess vor sich. Diesen Weg müssen sie grundsätzlich selber gehen. Das heisst nicht, dass ihnen von den übrigen Ländern Europas nicht möglichst grosse Unterstützung gewährt werden soll.

Ohne Hoffnung auf eine gesicherte Güterversorgung und auf einen annehmbaren Lebensstandard für die Menschen in den ehemaligen Ostblockländern besteht die Gefahr einer Renationalisierung und der Herausbildung neuer instabiler Herrschaftsstrukturen. Jede Form national abgeschotteter «Lösungen» oder partieller Integration könnte neue sicherheitspolitische Probleme für ganz Europa aufwerfen. Um so wichtiger ist eine kluge Friedenspolitik des Westens, die dazu beiträgt, das wirtschaftliche und soziale West-Ost-Gefälle abzubauen und in Gesamteuropa eine dauerhafte, ausgeglichene Entwicklung zu ermöglichen.

Keine Supermacht Europa

Der europäische Einigungsprozess im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat längst die rein ökonomische Ebene verlassen. Die EG ist heute auf dem Weg zu einer politischen Einheit. Dazu gehören Bestrebungen, die Aussen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten zunehmend aufeinander abzustimmen. Zunächst sollen v. a. Aktivitäten wie eine gemeinsame Rüstungskontrolle, militärische Abrüstung, die Ausfuhr von Rüstungsgütern, Angelegenheiten im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und bei der UNO koordiniert

werden. Das Trauma des Golfkriegs hat die Diskussionen um westeuropäische Interventionskräfte neu angefacht.

Der Wille zur politischen Union Europas ist grundsätzlich zu begrüßen, dazu gehören auch gemeinsame Überlegungen zur Sicherheit und Verteidigung. Diese sind aber mit aller Kraft auf das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu richten, die sich auch auf die Gebiete des ehemaligen Warschauer Paktes erstreckt und in eine weltweite Friedenspolitik einfügt. Politische Union darf aus unserer Sicht nicht heissen, dass die EG zur neuen Supermacht aufgebaut wird, die in Zukunft (zusammen mit den USA) Weltsheriff spielen soll. Sie muss sich den Verpflichtungen unterwerfen, die alle Länder in der KSZE-Schlussakte und mit der Pariser Charta eingegangen sind und auf Interventionskapazitäten in der «Dritten Welt» verzichten.

Wachsende Gegensätze zwischen Nord und Süd

Das enorme und weiterhin zunehmende Wohlstandsgefälle zwischen den Industriestaaten des Nordens und den Entwicklungsländern, wo die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, bewirkt eine wachsende Gefährdung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Aus der Perspektive der «Dritten Welt» gibt es vier zentrale Konfliktfelder:

- a. Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und das Technologiegefälle, deren Folgen die hohe Verschuldung und der Nettotransfer von Kapital in den Norden sind;
- b. die ökologische Bedrohung, deren Hauptursache ebenfalls in der Verschwendungswirtschaft des Nordens zu suchen ist;
- c. die regionalen Spannungsherde, verbunden mit der Militarisierung der betroffenen Regionen, und

d. der anhaltende Interventionismus durch die reichen Industrieländer, der durch den Krieg gegen den Irak neue, bisher ungeahnte Dimensionen erreicht hat.

Aus der Sicht der Industriestaaten sind die Konfliktfelder:

- e. die legitimen, aber aus ökologischen Gründen kaum zu befriedigenden Konsumbedürfnisse der Massen in der «Dritten Welt»;
- f. die ungebrochene Bevölkerungsentwicklung;
- g. die Flüchtlingsströme sowie
- h. die Weiterverbreitung (Proliferation) von High-Tech-Rüstung und Massentötungswaffen.

Seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise anfangs der achtziger Jahre hat die Schuldenlast der Entwicklungsländer nochmals massiv zugenommen. Die Verschuldung der «Dritten Welt» gefährdet nicht nur viele Millionen Menschenleben, sondern zerstört die Möglichkeiten dieser Länder, ihre Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln und die drängenden sozialen und ökologischen Probleme zu lösen. Die meisten Entwicklungsländer sind heute gezwungen, Schulden in Milliardenhöhe abzuzahlen. Sie müssen dafür oft fast die gesamten Exporterlöse ihrer Volkswirtschaften einsetzen. Dazu kommt, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten die Exportbedingungen für diese Länder ständig verschlechtert haben und die Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte auf dem Weltmarkt tendenziell immer noch sinken. Insbesondere Afrika wird mehr und mehr zum «vergessenen» Kontinent, die weltweite Ungerechtigkeit verschärft sich weiter. Die Durchschnittseinkommen der Bevölkerungen im Norden und im Süden stehen heute in einem Verhältnis von 1:60. Diese dramatische Verarmung eines grossen Teils der Welt ist ein erstranges sicherheitspolitisches Problem.

Eine neue Bedrohungsanalyse

Mit dem Umbruch in Europa ist das gesamte für die Schweiz massgebliche friedens- und sicherheitspolitische Umfeld in Bewegung geraten. Die Koordinaten der schweizerischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sich, trotz Golfkrieg, Baltikum und Jugoslawien grundlegend und nachhaltig verändert.

Nicht zuletzt haben sich auch in der Öffentlichkeit die Inhalte, worauf sich Sicherheit bezieht, gewandelt. Der Wertewandel hat zahlreiche Normen in Frage gestellt, die sich aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges herleiteten und lange Zeit für viele Gültigkeit hatten. Die Schweiz wird heute nicht mehr als widerstandentschlossene Schicksalsgemeinschaft erlebt, sondern an ihren Leistungen zur Garantie von Freiheit, sozialem Ausgleich und ökologischer Sicherheit gemessen.

Besonders stark zeigt sich das veränderte Verständnis des Sicherheitsbegriffs bei der Energiefrage und bei den neuen grosstechnologischen Gefahren. Trotz Wertewandel setzen die Mächtigen in unserer Gesellschaft bis heute Lebensqualität mit quantitativem Wirtschaftswachstum gleich. Der Industrialisierungsschub und vor allem die verbreitete Einführung des Energieträgers Erdöl führten in den westlichen Industriestaaten seit den fünfziger Jahren zu einem beschleunigten und flächendeckenden Aufbau von grosstechnischen Produktions- und Energieversorgungsanlagen. Nach nur vierzig Jahren zeigt sich, dass mit der hochentwickelten Industriegesellschaft Zerstörungspotentiale gewachsen sind, die beim Versagen von komplexen technischen Systemen zu Katastrophen von ungeahntem Ausmass führen können. Viele Ereignisse (Tschernobyl, Bhopal, Sandoz, Three Mile Island, Exxon Valdez, Ölpest im Golf) sprechen

dafür, dass insbesondere die komplexen Bereiche der Energieerzeugung, der (Petro-)Chemie, der Raum-, Luft- und Schifffahrt, der irdischen Systeme (Staudämme, Erdbebenzonen) und schliesslich auch die Gentechnologie ein wachsendes «ziviles» Gefährdungspotential darstellen, das weit grösser ist als die Kriegsgefahr zwischen den alten Industriestaaten. Sicherheitspolitik muss diesen Veränderungen Rechnung tragen und zur vorausschauenden Verminderung und Beseitigung der genannten neuen Gefahren beitragen helfen. Die SP Schweiz schliesst die Möglichkeit eines europäischen zwischenstaatlichen Krieges auf lange Frist aus. Ein solcher Krieg wäre in den heutigen hochvernetzten und -verletzlichen Industriegesellschaften Mittel-

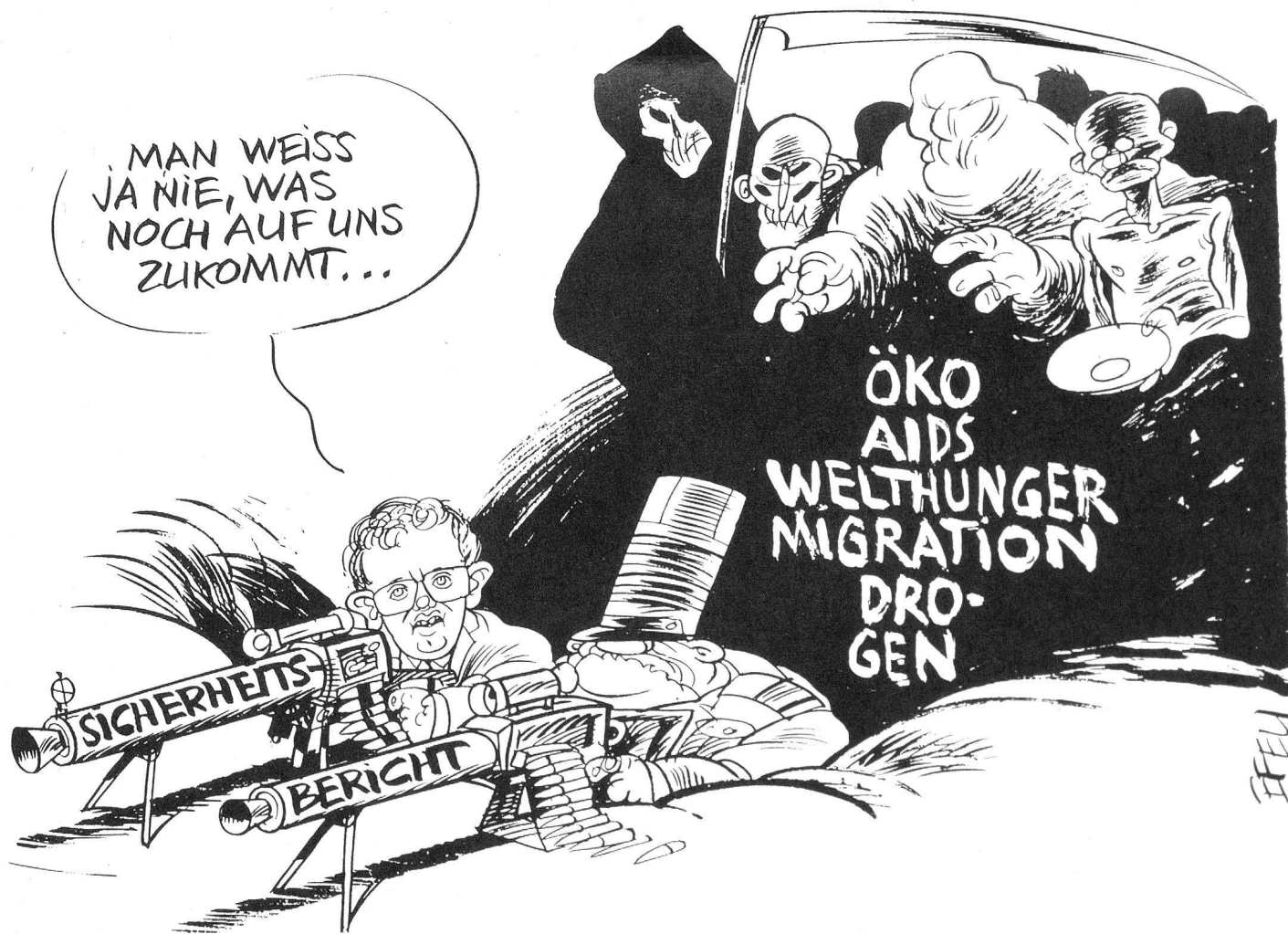
europas zudem derart verheerend, dass es keinen Sinn macht, sich auf die Kriegsführung in einem solchen Szenario vorzubereiten.

Noch weiss niemand genau, wie Europa im Jahr 2000 aussehen wird. Wir können aber davon ausgehen, dass dank gemeinsamen Anstrengungen die breite Bevölkerung einerseits, und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaften in einem tendenziell vereinheitlichten Rechtsraum Europa andererseits, zu Trägern einer stabilen Friedensordnung geworden sind. Die institutionelle Absicherung der neuen Verhältnisse ist jedoch noch offen. Hier liegen die grossen Aufgaben der künftigen Friedenspolitik: beim Aufbau friedenssichernder Strukturen – europa- und weltweit. Die Chancen des Auf- und

Umbruchs müssen genutzt werden, gerade weil es immer noch Unsicherheitsfaktoren gibt.

Regionale Konflikte

Im ethnisch durchmischten Mittel- und Osteuropa werden alte und neue Konflikte virulent. Grenzverschiebungen, Vertreibungen und Zwangsassimilationen sind deshalb in Zukunft nicht auszuschliessen. Die daraus unmittelbar erwachsenden zwischenstaatlichen Probleme werden den europäischen Integrationsprozess zwar stören, sind wahrscheinlich aber im Vergleich mit den inneren sozialen Spannungen einfacher zu bewältigen. Weltweit hat das Problem der Regionalkonflikte nichts von seiner Schärfe verloren. Die Kriege sind nach dem



Zweiten Weltkrieg in den Süden verschoben worden. Es besteht eine Tendenz zu Bürgerkriegen, die oft durch die direkte oder indirekte Intervention der Grossmächte zusätzlich angeheizt werden. Einseitige Lieferungen von Kriegsmaterial und andere Formen der militärischen Einmischung von aussen überlagern die eigentlichen Konfliktursachen, die durch Verschuldungskrise und ökologische Zerstörungen weiter vertieft werden. Neue Rahmenbedingungen sind notwendig, um den Aufbau demokratischer Strukturen und regionaler Regimes zu ermöglichen.

Die Schweiz wird künftig kaum mehr aufgrund regionaler Konflikte in direkte kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt werden. Aufgrund der interdependenten Welt ergibt sich weniger eine direkt-unilaterale, als vielmehr eine indirekt-internationale Bedrohung. Die Schweiz muss sich deshalb für eine umfassende, multilaterale politisch-wirtschaftliche Konfliktprävention und die Anwendung von völkerrechtlichen Massnahmen für eine friedliche Streitbeilegung im Rahmen der UNO bzw. der KSZE einsetzen.

Ökologische Katastrophen und Konflikte

Ökologische Zerstörung, Armut und Bevölkerungswachstum bilden heute ein Beziehungsgeflecht, das zunehmend den ganzen Globus überzieht. In den am stärksten betroffenen Ländern steht das menschliche Überleben überhaupt auf dem Spiel. Weltweit drohen Umweltkatastrophen: die Zerstörung des Ozonschildes in der Stratosphäre, die generelle Erwärmung der Atmosphäre (Treibhauseffekt), die Abholzung der Tropenwälder, weitverbreitete Meeresverschmutzung, Bodenzerstörung usw. Die Auswirkungen all dieser Bedrohungen sind in ihrem Ausmass unabsehbar. Die globale Dimension der

Klimabedrohung z. B. führt bereits zu einer Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts.

Die weltweit bedrohlicher werdenden ökologischen Probleme lassen sich mit Sicherheit nicht militärisch und nicht mit Gewaltmitteln lösen. Ebenso sicher ist jedoch, dass diese neue Form der «Einmischung in die inneren Angelegenheiten» eines anderen Staates durch grenzüberschreitende Verschmutzungen und Vergiftungen Konflikte auslösen wird. Vorab in der «Dritten Welt» können zudem Ansprüche verschiedener Länder auf verbleibende knappe Ressourcen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen oder gar direkten Interventionen führen. Der globale Wasserverbrauch hat sich z. B. von 1940 bis 1980 mehr als verdoppelt und wird bis zum Jahr 2000 nochmals um 100 Prozent zunehmen. Bereits achtzig Länder mit 40 Prozent der Weltbevölkerung leiden unter akuter Wasserknappheit. Es wird zwangsläufig zu einer wachsenden Verteilungskonkurrenz um dieses lebensnotwendige Gut kommen; dies wiederum fördert die regionale Gewaltanwendung.

Wir müssen uns als Bewohner und Bewohnerinnen von Industriestaaten zunehmend mit dem Gedanken vertraut machen, dass es in nächster Zukunft um nicht viel weniger gehen wird, als um den weltweiten ökologischen Umbau unserer Form des Wirtschaftens und Konsumierens.

Armut und zerstörte Lebensgrundlagen

Die Verarmung ganzer Landstriche und die Zunahme von Umweltflüchtlingen sind (auch in Regionen des Nordens) absehbar. Die Flucht in die Stadt oder ins Nachbarland bleibt oft der einzige Ausweg. Die «Dritte Welt» trägt die Hauptlast der Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen. So befanden sich 1986 von insgesamt 11,7 Millionen anerkannten Flüchtlingen rund 11 Millionen in Entwick-

lungsländern. Nur etwa 5 Prozent der anerkannten Flüchtlinge suchten den Weg nach Westeuropa; von den rund 20 Millionen Immigranten, die heute in Westeuropa leben, stammen lediglich etwa 35 Prozent aus Entwicklungsländern.

Mit andern Worten: Die ärmsten Entwicklungsländer sind aufgrund ihrer ungünstigen Ausgangsbedingungen – schlechte Nahrungsmittelversorgung, wenig Vorräte, wenige technologische Möglichkeiten und knappe ökonomische Mittel bei hoher Aussenverschuldung – weit verletzbarer als die sogenannten «Risikogesellschaften» der Industriestaaten. Urbane Unruhen, ethnische und zwischenstaatliche Konflikte, die zum Einsatz militärischer Gewalt in und zwischen Gesellschaften führen können, sind vorprogrammiert. Die Verbreitung von atomaren und chemischen Waffen stellt vor diesem Hintergrund eine weitere ernstzunehmende Gefahr dar.

Trotz dieser relativ düsteren Prognose kommen wir nach Abwägung der verschiedenen Wirkungszusammenhänge zum Schluss, dass diese ökologisch, verteilungspolitisch oder auch ideologisch-ethnisch-religiös motivierten Konflikte in den Entwicklungsländern für die Schweiz und Europa keine direkte machtpolitische Bedrohung darstellen. Es handelt sich dabei um Gefahren, denen nicht mit militärischen Mitteln begegnet werden kann und soll. Vielmehr werden es regionale und globale Ökologiekatastrophen, Flüchtlingsströme und indirekte Wirkungen wie Terrorismus sein, die Europa künftig zu schaffen machen. Auf diese Ursachen brauchen wir politische Antworten.

Schlussfolgerungen für die schweizerische Friedens- und Sicherheitspolitik

Aus diesen notwendigerweise unvollständigen Analysen lassen sich für die schweizerische Friedens- und Sicher-

heitspolitik wichtige Schlüsse ziehen:

1. *Die wichtigsten Bedrohungen:* Unser Land und Europa sind heute in erster Linie durch die rasant fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Verelendung der Entwicklungsländer gefährdet. Diese Gefährdungen sind real, und viele Menschen leiden bereits heute unter den sichtbaren Schäden.

2. *Militärische Bedrohungen:* In ganz Europa ist die Gefahr eines grossen Krieges heute praktisch gebannt, in West- und Mitteleuropa kann man sich bewaffnete Konflikte nicht mehr vorstellen. Die Schweiz ist auch verteidigungspolitisch in Europa ein Binnenland. Sie liegt in einer nachhaltig befriedeten Zone und muss nicht mit einem feindlichen Angriff durch ihre direkten Nachbarn rechnen. Deshalb muss die Schweiz einen entsprechenden Konflikt auch nicht mehr vorbereiten und keine grossen Kräfte und Mittel dafür bereitstellen.

3. *Abschreckung:* Die alte Doktrin vom möglichst hohen Eintrittspreis und der Fähigkeit, einen lang dauernden bewaffneten Konflikt durchzustehen, haben an Bedeutung verloren und müssen abgelöst werden durch die Fähigkeit und den Willen, die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen zu schützen.

4. *Abrüstung:* Die Schweiz muss und kann massiv abrüsten, ohne ihre Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Entsprechend lassen sich Dienstzeit, Dienstpflicht und Rüstung reduzieren.

5. *Friedenspolitik:* Mehr Sicherheit lässt sich nur durch Friedenspolitik erreichen. Nicht Abschreckung, sondern Konfliktverhinderung durch Beseitigung der Ursachen mit wirtschaftlichen, diplomatischen und ökologischen Massnahmen muss unser Ziel sein.

6. *Ausgaben für Sicherheit:* Die Schweiz muss ihre Mittel gemäss der neuen Bedrohungsanalyse umvertei-

len. Für die Konfliktverhinderung und die Friedenspolitik müssen mindestens so viele Mittel aufgewendet werden, wie für die Verteidigungspolitik. Während einer Übergangsphase kann an einer auf die Hälfte abgerüsteten und auf neue strategische Ziele umgerüsteten Armee festgehalten werden. Die Verteidigungspolitik ist so auszurichten, dass sie dem noch aufzubauenden gesamteuropäischen System kollektiver Sicherheit nicht entgegensteht.

7. *Neutralität:* Die Neutralität im Sinne der militärischen Block- und Bündnisfreiheit ist beizubehalten und fortzuentwickeln. Dies gilt, solange sich die Schweiz nicht an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligen kann, das sich zur strukturellen Angriffsunfähigkeit verpflichtet und sich verbindlichen Mechanismen für die friedliche und politische Lösung von Konflikten unterzieht.

HANS SIGG

